

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

84 (25.3.1900)

Beilage zu Nr. 84 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 25. März 1900.

Badischer Landtag.

49. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 23. März 1900.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Eisenlohr, Geh. Oberregierungsrath Heil, Ministerialrath Dr. Lockner und Oberamtmann Dr. Fieser.
Präsident Gönnert eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Die Spezialberatung über das Budget des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Kögler ist befriedigt darüber, daß die Position in § 1 und 4 des außerordentlichen Etats bedeutend erhöht wurden. Trotzdem glaube er, daß die Beträge nicht ausreichen. Er bitte daher die Großh. Regierung, das nächste Mal noch größere Beträge einzustellen. Redner erfuhr ferner, zwei Gemeinden seines Bezirks kräftig zu unterstützen, sobald sie Gesuche um Beiträge zu ihrer Wasserversorgungsanlage einreichen.

Abg. Höring weist auf die schlechten baulichen Zustände des Fahrers Amthaus hin und bittet, den geplanten Neubau recht bald zur Ausführung zu bringen.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Die Mißstände im Amthaus in Fahr seien der Regierung bekannt. Es tauchte zuerst der Plan auf, einen Anbau zu machen, es hat sich aber gezeigt, daß das nicht ausführbar ist, so daß man zum Entschluß kam, einen Neubau im nächsten Budget aufzunehmen. Einstweilen werde das Bezirksamt in das nun aufgegebene Amtsgerichtsgebäude verlegt, bis der Neubau vollendet ist.

Abg. Birkenmayer würde es gerne sehen, wenn die Positionen in § 1 und 4 überschritten würden.

Präsident Gönnert theilt mit, daß ein Antrag der Abg. Klein und Genossen eingekommen ist:

Die Kammer wolle die Position in § 1 (Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindefahrer) für überschreitbar erklären.

Abg. Blümmel erfuhr die Regierung, wenn einige Gemeinden des Bezirks Säckingen um Staatsbeiträge einkommen, diese Beiträge möglichst reichlich zu bemessen.

Abg. Klein begründet den Antrag. Es sei anzunehmen, daß es dem Herrn Minister selbst unangenehm sein würde, wenn er durch eine bestimmte Summe gebunden wäre und in dringenden Fällen aus Mangel an Mitteln nicht eingreifen könne. Er hoffe, daß die Budgetkommission in dem Antrag keinen Eingriff in ihre Kompetenz erblicke und daß das Haus seinem Antrag zustimme.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Der Antrag könnte ihm ja in mancher Beziehung ganz angenehm sein, aber er glaube doch, man sollte nicht ohne dringenden Grund die Ordnung des Budgets dadurch stören, daß man solche Positionen, die bisher auf eine festbestimmte Summe begrenzt waren, für überschreitbar erklärt. Damit werde man dem Herrn Finanzminister kein Vergnügen bereiten. Er würde überhaupt nicht darüber hinausgehen können, ohne die Zustimmung des Herrn Finanzministers dazu erbeten zu haben. Er müsse auch hervorheben, daß wir mit der bewilligten Summe in der Regel ausgereicht haben. Wenn manche Gesuche nicht sofort erfüllt wurden, so liege die Ursache darin, daß eben der Gesuche zu viele sind und man gar nicht die nötigen Kräfte hat, um alle die vielen Bauten zur Ausführung zu bringen.

Was die Verhältnisse von Wertheim anlangt, müsse er hervorheben, daß für die Straße von Urphar nach Rembach — diese werde doch wohl gemeint sein — die Hälfte von 23 500 M. bewilligt wurde.

Sodann möchte er noch den Anlaß benutzen, dem Herrn Abg. Birkenmayer ein Vergnügen zu machen und ihm zu sagen, daß durch ein Versehen die Position für eine ihm sehr am Herzen liegende Straßenkorrektur von Neuweg-Böllen-Mambach nicht aufgeführt worden ist. Es sind aber 40 000 M. für diese Korrektur in Aussicht genommen.

Abg. Greiff unterstützt den Antrag Klein. Das Fehlen eines Verbindungswegs von Unterhof über Oberhof nach Medesheim werde von der Bevölkerung sehr vermißt. Ein Staatszuschuß sei unbedingt notwendig.

Abg. Mampel ist mit dem Antrag einverstanden. Wenn irgend eine Gemeinde, so verdienen vor allem die Gemeinden des Odenwalds Unterstützung.

Abg. Sießler betont, daß dieser Posten gegenüber dem vorigen Budget sehr gesteigert wurde. Die Antragsteller sollten daher nicht den schiefen Weg gehen, die Position für überschreitbar zu erklären, sondern sie sollten sich auf die Bitte beschränken, in dringenden Fällen möge der Minister über die bewilligte Summe hinausgehen. Durch derartige Anträge werde das Budgetrecht der Kammer illusorisch.

Abg. Neuwirth: Zwischen Kreisstraßen und Kreiswegen mache man einen zu großen Unterschied. Man sollte für die Kreiswege dieselben Verhältnisse eintreten lassen, wie für die Kreisstraßen. Er bitte um einen Beitrag für die Stadt Sinsheim zu der geplanten Wasserleitung.

Abg. Birkenmayer legt auf die Form des Antrags Klein keinen so großen Werth wie der Abg. Sießler. Der Antrag könne jedenfalls nichts schaden.

Abg. Eder bittet um einen Beitrag zur Anschaffung einer weiteren Dampfstraßenwalze in seinem Bezirk.

Abg. Dr. Heimbürger glaubt, daß die Ausführungen des Abg. Sießler nicht in den Wind zu schlagen seien. Ohne zwingenden Grund sollte man den Beschluß der Budgetkommission nicht umstoßen. Das Budgetrecht der Kammer leide darunter, wenn immer wieder einzelne Posten für überschreitbar erklärt werden. Auch vertieren derartige Anträge, wenn sie immer wiederkehren, ihre Wirkung. Wenn der Antrag nicht im Sinne Sießler's abgeändert wird, so müßte er bei allem Wohlwollen für die Gemeinden gegen denselben stimmen.

Abg. Schmid empfiehlt das Gesuch einer Gemeinde im Bezirk Eberbach dem Wohlwollen der Regierung.

Abg. Armbruster schließt sich den Ausführungen der Abgg. Heimbürger und Sießler an.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Er habe schon in einer der letzten Sitzungen darauf hingewiesen, daß es zwei verschiedene Arten von Positionen im Budget gibt, einmal solche, wo die aufgeführten Zahlen nur einen Anschlag, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen, enthalten, also z. B. für Aufgaben für die Medizinalpolizei steht eine gewisse Summe hier. Diese Summe kann überschritten werden, wenn es die Bedürfnisse verlangen. Die Ueberschreitung muß aber später der Kammer nachgewiesen und gerechtfertigt werden. Ganz verschieden von diesen anschlagsmäßigen Budgetpositionen sind aber diejenigen, wo der Regierung eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt wird, über die sie verfügen mag und die sie nicht überschreiten darf. Bisher habe er die Summe zur Unterstützung der Gemeinden und Kreise für eine solche angesehen, die einen abgegrenzten Dispositionsfond bildet, und er habe sich nicht für besorgt angesehen, über diese Grenze hinauszugehen, wenn nicht ganz außerordentlich dringende Fälle vorlagen, bei denen er hoffen konnte, daß die Kammer eine kleine Ueberschreitung nicht beanstanden wird. Wenn aber nun hier erklärt wird, diese Position ist überschreitbar, so enthalte das die Aufforderung an die Regierung, sie möge nur noch mehr ausgeben und die Aufforderung an die Gemeinden, sich um das, was die Regierung über den Mangel an Mitteln erklärt, nicht zu kümmern, sondern ihre Ansprüche mit erhöhtem Nachdruck geltend zu machen. Er müsse im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung und im Interesse der Rechte der Kammer es für wünschenswerth erklären, daß der von dem Herrn Vorsitzenden der Budgetkommission bezeichnete Weg eingeschlagen wird.

Abg. Klein tritt wiederholt für seinen Antrag ein. Auch die Budgetkommission habe sich öfters für Ueberschreitung einzelner Posten z. B. für den Besuch der Pariser Weltausstellung ausgesprochen. Er begreife nicht, warum man gegen diese Ueberschreitung sei. Er habe nicht die vom Minister bezeichnete Straße im Auge gehabt, sondern eine andere, die nur 6000 M. (statt 10 000 M.) Zuschuß erhalten hat. In seinem Antrag werden ja nur für dringende Fälle Unterstützung verlangt. Er bitte nochmals, denselben anzunehmen.

Abg. Laut: Der Antrag Klein sei wohl allen sympathisch, allein man möge doch bedenken, daß die Position im jetzigen Budget ohnehin schon wesentlich erhöht wurde. Es komme ihm sonderbar vor, wenn der Herr Minister die Kammer warnen muß, ihm zu viele Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag Klein wird hierauf mit allen gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Abg. Schmid dankt für die Position zum Bau der Eberbacher Redarbrücke und bittet, mit dem Bau alsbald zu beginnen.

Abg. Laut berichtet über die Bitte der Gemeinde Reichenbuch um Erhöhung des Staatsbeitrags zur Wasserversorgungsanlage daselbst. Die Kommission schlägt vor, die Petition als erledigt anzusehen, nachdem der Staatsbeitrag bereits von 14 000 auf 15 000 M. erhöht wurde.

Abg. Schärer bittet um einen Beitrag für die Wasserleitung in Jöhlingen.

Abg. Birkenmayer empfiehlt ein Gesuch der Gemeinde Mambach Amt Schönau dem Wohlwollen der Regierung.

Abg. Fendrich verlangt die Beseitigung der Mißstände, die durch die Verunreinigung des Murgwassers durch das Schmutzwasser der Fabriken hervorgerufen werden.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Die Fabrik in Gernsbach, auf welche der Herr Abg. Fendrich wohl Bezug genommen habe, sei längere Zeit das Schmerzenskind der Verwaltung und der Gemeinde Gernsbach gewesen; besondere Beschwerden seien aber nur nach der Richtung hin zugegangen, daß die Fabrik unausföhlliche Gerüche verbreite, welche den Aufenthalt in Gernsbach geradezu widerwärtig machen. Es haben die weitausföhligen Verhandlungen stattgefunden im Wege des Verwaltungsverfahrens, wie auch im Wege gerichtlicher Entscheidung, indem schließlich einige Einwohner von Gernsbach zusam-

mengetreten sind und Entschädigungsklage gegen die Fabrik erhoben haben, und zwar mit Erfolg. Von den Beschwerden aber, die wegen Verunreinigung des Murgwassers erhoben wurden, sei ihm nur wenig bekannt, so viel er sich erinnere, sind diese Beschwerden nicht für begründet befunden worden.

Abg. Obkircher: Angesichts der bereits bewilligten Erhöhung des Beitrags für Reichenbuch bleibe ihm nur übrig, für die Unterstützung zu danken.

Abg. Blümmel bittet, einige Gemeinden im Bezirk Waldshut thunlichst kräftig zu unterstützen.

Abg. Fendrich: Es sei zweifellos, daß die Murg durch die Schmutzwasser der Fabriken verdorben wird. Die Anwohner wünschen strenge Staatsaufsicht.

Abg. Kirchenbauer bittet um einen Staatsbeitrag zu den Wasserleitungen in Auerbach und Jöhlingen.

Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

Abg. Dreesbach gibt seiner Genugthuung Ausdruck, daß in der Frage des Mannheimer Amthaus eine Einigung zwischen der Regierung und der Stadt Mannheim erzielt wurde. Er möchte nur bitten, daß das Amthaus, das an eine der schönsten Straßen Mannheims zu stehen kommt, würdig erbaut wird.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr erwidert, daß der Bauplan für das Amthaus durch eine sehr bewährte Kraft, den Herrn Baurath Hanfer, ausgeführt und der verehrlichen Budgetkommission zur Einsicht mitgetheilt worden ist.

Abg. Dr. Fieser ist auch dafür, daß ein Monumentalbau in Mannheim erstellt wird. Doch möchte er dringend bitten, daß die Voranschläge sorgfältig gemacht, damit die bewilligten Summen nicht überschritten werden. Die Kammer werde in Zukunft genau nachsehen müssen, ob in solchen Fällen die Summe nicht überschritten wird. Es empfehle sich eine schrittweise Kontrolle aller Staatsbauten.

Abg. Sießler: Die Pläne für das Mannheimer Amthaus seien der Budgetkommission vorgelegt worden und haben deren Beifall gefunden. Wenn Ueberschreitungen vorkamen, habe die Budgetkommission stets ein ernstes Wort mit der Regierung gesprochen und es an Rügen nicht fehlen lassen. Daß Ueberschreitungen vorkommen, sei in der Sache selbst sehr häufig begründet.

Abg. Laut: Die Kommission habe seiner Zeit beantragt, die Beschlußfassung über die Position, betreffend das Pforzheimer Amthaus, auszusetzen. Nachdem nunmehr die Pläne vorliegen und die Billigung der Budgetkommission gefunden haben, beantrage die Kommission, die Position zu bewilligen.

Abg. Opificius spricht der Regierung seine Anerkennung über die schönen Pläne aus und hofft, daß etwaige Ersparnisse nicht auf Kosten der Schönheit des Baues gemacht werden.

Abg. Wittum ist ebenfalls erfreut darüber, daß das neue Amthaus in Pforzheim eine Zierde der Stadt wird.

Abg. Hoffmann bittet, daß die geplante Steinsaffade des Pforzheimer Amthaus auch wirklich ausgeführt wird.

Abg. Laut: Die Kommission habe die Kosten für den Neubau des Amthaus in St. Blasien ziemlich hoch gefunden. Sie hoffe, daß der Voranschlag nicht überschritten wird.

Abg. Birkenmayer glaubt, daß man gegen eine Ueberschreitung von 10 Proz. nichts einwenden könnte.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr ist auch dafür, daß die Position nicht überschritten wird, doch könne er für nichts einsehen. Der von der Kommission beantragte Zusatz, daß die Summe „unter keinen Umständen“ überschritten werden darf, habe wohl nur den Sinn, daß die Regierung bestrebt sein solle, jede Ueberschreitung zu vermeiden.

Abg. Dr. Fieser hofft, daß die Position nicht überschritten wird, die in der Kommission nur angenommen wurde mit der ausdrücklichen Erklärung: Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß der Voranschlag nicht überschritten wird.

Abg. Laut beantragt, die Position für die Erweiterung des Amthaus in Durlach zu genehmigen.

Ministerialrath Dr. Lockner: Die Regierung habe das Projekt, nachdem die Kommission Bedenken geäußert, nochmals geprüft und einige Aenderungen im Sinne einer Vereinfachung getroffen. Das Zimmer des Amtsvorstands sowie der Bezirksrathsaal komme nun nach dem Hofe zu liegen; auch werden namhafte Ersparnisse erzielt.

Abg. Kirchenbauer glaubt, daß durch den Umbau den Bedürfnissen nur in unvollkommener Weise entsprochen wird. Er möchte angesichts des großen Wachstums des Bezirks einen Neubau empfehlen.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Der Umbau könne unmöglich bis zur nächsten Budgetperiode verschoben werden. Man müsse sich eben mit dem Umbau begnügen.

Abg. Geppert bittet, daß die Anforderung für den Amthausneubau in Oberkirch bestimmt in das nächste Budget aufgenommen wird.

Abg. Birkenmayer: Der Ankauf des Bauplatzes für ein neues Amthaus in Schönau sei zweckmäßig.

Abg. Lauck wünscht eine ständige Gendarmeriestation auf dem Sand oder Blättig.

Abg. Geppert schließt sich diesem Wunsche an.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr ist bereit, diesem Wunsche zu entsprechen. Wenn er recht gehört habe, sei schon im vorigen Jahre ein Gendarm oben gewesen; er könne auch heuer wieder hinauf kommandirt werden. Allerdings mache er zur Voraussetzung, daß die Hotelbesitzer alsdann auch bei Beschaffung einer passenden Unterkunft für den Gendarmen behilflich sind.

Abg. Geppert: Ein Hotelbesitzer habe ihm in dieser Hinsicht entgegenkommen in Aussicht gestellt.

Abg. Köhler wünscht, daß bei Verletzungen auf die Konfession der Gendarmen mehr Rücksicht genommen wird.

Abg. Obfischer empfiehlt die Ibiotenanstalt in Mosbach dem Wohlwollen der Regierung. Sehr dringend sei der Bau eines Asyls für Erwachsene. Die Kosten für denselben werden weit über 100 000 M. betragen. Die Anstalt hoffe darum, daß im nächsten Budget weitere erhebliche Mittel bewilligt werden.

Abg. Wittum dankt für die thatkräftige Aushilfe, welche die Stadt Pforzheim während der Typhusepidemie durch die Krankenschwestern des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims gefunden hat. Er bedauere nur, daß die Position für die Abtheilung III des Babilischen Frauenvereins nicht verdoppelt wurde.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr schließt sich den warmen Dankesworten des Herrn Abg. Wittum an. Wenn irgend eine Position gute Früchte getragen habe, so war es diejenige für Beihilfen an Gemeinden und Korporationen zur Errichtung von Spitalern gegen das Verschleppen, im Falle einer Epidemie Krankenschwestern zu schicken. Es wäre in der That in der Stadt Pforzheim unmöglich gewesen, der schwierigen Aufgabe Herr zu werden, die damals der Stadtverwaltung erwachsen ist; denn es hat die Zahl der Typhusfälle in Pforzheim nicht weniger als 717 betragen. Es wurden vom Ludwig-Wilhelm-Krankenheim 32 Schwestern geschickt, wovon 12 erkrankt sind und zwar 8 an Typhus; ebenso habe der Vincenz-Berein in Karlsruhe 11 Schwestern geschickt, wovon eine erkrankt ist und das Diakonissenhaus in Freiburg 10 Schwestern. Ohne diese ausgiebige Hilfe wäre es nicht möglich gewesen, diesen höchst schwierigen Aufgaben, welche für die Stadtverwaltung Pforzheim erwachsen sind, gerecht zu werden. Man denke sich Zustände, wie sie in Pforzheim geherrscht haben, daß im Spital und dem daran stoßenden Schulhause 200 und noch mehr Typhuskrante zu gleicher Zeit verpflegt werden mußten. Er habe daher bereits seinerseits Anlaß genommen, seine volle Anerkennung für die geleistete Hilfe auszusprechen und benütze die Gelegenheit, dies auch öffentlich hier zu thun.

Abg. Lauck: Zum erstenmal sei eine Position für die Lungenheilstation in Marzell eingestellt. Die Kommission wünscht, daß kein Unterschied zwischen den einzelnen Kranken gemacht wird.

Abg. Dr. Fieser: Die Anstalt sei, wie er sich selbst überzeugt habe, sehr zweckmäßig eingerichtet. Bei der Aufnahme sollten in erster Linie Arbeiter Berücksichtigung finden. Anerkennung verdiene, daß sich ein Arzt in glänzenden Vermögensverhältnissen entschlossen habe, die Leitung der Anstalt zu übernehmen.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr betont, daß der Anstoß zur Gründung der Anstalt in Marzell vom Ministerium des Innern ausgegangen sei. Der Vorstand der Versicherungsanstalt habe anfänglich Bedenken geäußert, weshalb er einen Staatsbeitrag von jährlich 10 000 M. in Aussicht gestellt habe unter der Bedingung, daß auch Staatsbedienstete die Wohlthaten der Anstalt genießen dürfen. Finanziell betrachtet sei das Geschäft für den Staat ein schlechtes; denn für 10 000 M. könnte man einige Schulleute in's feinste Hotel schicken. Selbstverständlich verlange die Regierung ähnlich wie im Landesbad die gleiche Behandlung aller Kranken. Die Kommission möge also seiner Ansicht beitreten und die 919 Verpflegungstage für Staatsbedienstete in Anspruch nehmen.

Abg. Dreßbach: Die Bemerkungen des Herrn Ministers lasse die Befürchtung auskommen, daß die Arbeiter zu Gunsten von Staatsbediensteten zu kurz kommen. Die Arbeiter haben das erste Anrecht auf die Aufnahme, weil die Anstalt von ihrem Geld errichtet wurde. Bedauerlich sei, daß nach den Erklärungen des Vorstands Rasina die Mittel der Versicherungsanstalt durch den Bau der Anstalt so sehr erschöpft wurden, daß in der Heizung und Beleuchtung, an den Schuhen und an der Bekleidung Ersparnisse erzielt werden müssen. Wenn so gespart werden muß, dann finde er die Ausgabe für einen Altar im Besaale nicht für gerechtfertigt.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr betont, daß die Leitung der Anstalt nicht dem Ministerium, sondern einem Ausschusse unterstehe, in dem auch Arbeiter vertreten sind. Dieser Ausschuss könne die Forderung für den Altar annehmen oder ablehnen.

Abg. Dieterle: Die Summe von 600 M. für einen Altar sei eine Kleinigkeit gegenüber dem sonstigen Aufwand, ganz abgesehen davon, daß der Aufwand für den Altar ebenso notwendig ist, wie jeder andere; denn die Kranken werden durch die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses wieder ausgerichtet.

Abg. Hug verbreitet sich über die Vermögensverhältnisse der Versicherungsanstalten. Die laufenden Bedürfnisse der Anstalt können ganz gut aus dem Vermögen der Versicherungsanstalt bestritten werden. Der Staatszuschuß sei sehr reichlich. Die Ausgabe für den Altar

sei so minimal, daß man davon nicht zu sprechen braucht. Die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse wirke kräftigend und heilend auf die Kranken.

Abg. Lauck legt den Gang der Beratungen in der Budgetkommission dar.

Abg. Dreßbach: Seine Angaben seien durch sechs Zeugen bestätigt worden; ein Widerspruch in der Presse sei nicht erfolgt. Er gebe zu, daß religiös veranlagte Menschen in der Religion Trost finden; allein auch der beste religiöse Trost nütze nichts, wenn der Kranke nicht gut verpflegt wird.

Abg. Dr. Fieser glaubt, daß der Abg. Hug das Richtige getroffen hat, wenn er behauptete, daß die Anstalt Baden die nöthigen Mittel besitz und nicht zu fargen braucht.

Abg. Hug bestreitet nicht, daß Geh. Reg.-Rath Rasina die Ansprache gehalten hat; sie beweise aber nicht, daß eine übertriebene Sparjamkeit in der Anstalt herrsche.

Abg. Fendrich bemerkt, daß thatsächlich für die Kranken aus Ersparnisrücksichten keine Gummischuhe angeschafft wurden.

Abg. Lauck verweist bezüglich der Petitionen der Gemeinde Badenweiler auf seinen Bericht.

Abg. Dr. Fieser bemerkt im Auftrag des Abg. Dr. Blankenhorn, daß in Badenweiler bis jetzt noch ein Heißluftbad, ein Dampfbad und Einzelbäder fehlen. Wenn dieser Wunsch erfüllt werde, dann könne sich Badenweiler mit den ersten Kurorten messen. Die Ausgaben seien wohl angelegt und kommen durch den steigenden Fremdenbesuch dem ganzen Land zu gute. Er möchte daher die Grob. Regierung ersuchen, im nächsten Budget eine entsprechende Anforderung einzustellen.

Abg. Pfeifferle befürwortet ebenfalls die Petition der Gemeinde Badenweiler.

Abg. Fischer II. gibt seiner Befriedigung über den Kommissionsbeschluss Ausdruck. Die Bedachung des Terrassenbaus sollte aus Glas hergestellt werden. Ein Mißstand sei, daß zwischen 12 und 2 Uhr eine Mittagspause eingehalten wird.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die gegenwärtige Badeeinrichtung in Badenweiler ungenügend ist, schon deswegen, weil keine Einzelbäder vorhanden sind; es bestehe daher die feste Absicht, eine Erweiterung der Badräumlichkeiten herbeizuführen. Zweifelhafter sei die Sache, ob ein Dampfbad das Richtige ist. Hiergegen sind im Schooße des Ministeriums von Anfang an Zweifel geäußert worden, und diese Zweifel sind neuerdings wieder verstärkt worden, indem von Seiten des neu ernannten Badearztes darauf hingewiesen wurde, daß es vielleicht noch zweckmäßiger wäre, ausgedehnte Einrichtungen für die Kaltwasserbehandlung herzustellen. Ueber diese Frage also schweben noch Verhandlungen. Der Musikpavillon, der schon bewilligt war, konnte nicht hergestellt werden, weil über die Lage dieses Pavillons unter der Einwohnererschaft und den Gästen von Badenweiler eine weitgehende Meinungsverschiedenheit herrschte; wo er auch hingestellt wurde, es wurde jedesmal wieder Einspruch erhoben und erklärt, das sei der verfehlteste Platz, den es gäbe. So habe er denn zuletzt geordnet, daß die Herstellung des Musikpavillons verschoben wird, bis die andere Frage mit der Erweiterung der Terrasse zum Austrag gebracht ist.

Abg. Dr. Fieser: Eine Kaltwasserabtheilung könne man überall anlegen; er möchte daher doch bitten, daß die vorhandenen Thermen besser ausgestaltet werden.

Abg. Haub dankt für den Beitrag für die Anstalt in Rort.

Abg. Lauck begrüßt die Position für Beihilfen zur Anlage und Erweiterung von öffentlichen Krankenanstalten. Er bitte die Regierung, dem Hilda-Hospital in Freiburg aus diesen Mitteln einen Beitrag zu gewähren. Die Kommission habe die sichere Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung von der Bedingung abstehe, daß die Bezirksärzte mit der Wahrnehmung des Dienstes an den Krankenanstalten betraut werden.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr bittet dringend, den Kommissionsantrag nicht anzunehmen. Die Verbindung des Sanitätsdienstes mit der ärztlichen Praxis habe sich bisher durchaus bewährt. Würde man den Bezirksärzten die Ausübung der Praxis, wie in anderen Staaten gesehen, untersagen, so müßte ihre Zahl herabgesetzt, ihr Gehalt verdoppelt oder verdreifacht werden und dann in jedem Amtsgerichtsbezirk ein besonderer Gerichtsarzt angestellt werden. Allerdings habe die bestehende Einrichtung auch ihre bedenklichen Seiten: Der Bezirksarzt ist Konkurrent der anderen Aerzte und soll doch über sie eine Art sanitätspolizeiliche Aufsicht üben, und es bedarf daher eines großen Nachtheils aus diesem Verhältnis entstehen sollen. All dies würde vermieden werden, wenn dem Bezirksarzt überall die Spitalarztsstelle übertragen wäre. Daher ließ die Regierung im Jahre 1884 den Gemeinden mittheilen, daß sie großen Werth auf die Uebertragung der Spitalarztsstellen an die Bezirksärzte lege. Zu bedauern sei nur, daß die Regierung so geringes Entgegenkommen gefunden habe. Sobald eine Spitalarztsstelle frei werde, beileben sich die Gemeinden, dieselbe irgend einem Arzte zu übertragen, der im Stadtrath einen guten Bekannten hat. Wenn die Gemeinden den Staatsbeitrag beanspruchen, dann könnten sie wenigstens auch Rücksicht auf die im staatlichen Interesse begründeten Wünsche der Regierung nehmen. Es sei ihm natürlich nicht eingefallen, zu verlangen, daß der jetzige Spitalarzt in Konstanz entlassen und die Spitalarztsstelle dem Bezirksarzte übertragen werde; nur bei einem Wechsel sollte der Wunsch der Regierung berücksichtigt werden. Wenn die Kammer ihm

Unrecht gebe, so werde er die weiteren Versuche einstellen; er mache aber schon heute darauf aufmerksam, daß damit der Sanitätsdienst benachtheiligt werde.

Abg. Uibel weist darauf hin, daß beabsichtigt sei, dem Konstanzer Spital eine große chirurgische Klinik für den ganzen Seckreis anzugliedern. Der Stadtrath von Konstanz könne deshalb unmöglich auf die Bedingung der Regierung eingehen, weil der Bezirksarzt diese chirurgische Klinik des Spitals im Nebenamt gar nicht versehen könne.

Abg. Dr. Heimburger bestreitet nicht, daß die gegenwärtige Medizinalordnung gewisse Nachteile hat; doch folgere daraus keineswegs, daß man in die freie Willensentscheidung der Gemeinden eingreifen dürfe. Man müsse eben eine Einigung auf dem Wege der Vereinbarung erzielen. Bei der Stadt Vörrach liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Konstanz; auch Vörrach würde es bedauern, wenn die Spitalarztsstelle dem Bezirksarzt übertragen werden müßte. Die Kammer möge also auf der Streichung der Bedingung bestehen.

Abg. Dr. Fieser betont, daß es in manchen Spitalern geradezu ausgeschlossen ist, daß dem Bezirksarzt die Funktion eines Spitalarztes übertragen wird; dagegen werden die Gemeinden wohl nichts haben, wenn dem Bezirksarzt ein Theil der Geschäfte im Spital übertragen wird. Da die Räumlichkeiten im Freiburger Spital nicht ausreichen, so wurde ein Kinderhospital errichtet, für das der Staat, weil es der Univerfität zur Verfügung steht, auch einen Beitrag leisten müsse. Er möchte um einen namhaften Beitrag bitten.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Er habe ja bereits erklärt, daß er die Formulierung der Bedingung, unter welcher diese Staatsbeihilfe gegeben werden kann, darin ändern wolle, daß auch derartige klinische Anstalten, wie das Hilda-Spital in Betracht gezogen werden können, für das er sich auch interessire. Im übrigen aber könne er nur an der Ansicht festhalten, daß es ihm ganz wohl zustehe, wenn er einen Staatsbeitrag bewillige, Bedingungen zu stellen, die im öffentlichen Interesse geboten sind. Wenn man nun, wie dies in Vörrach geschieht, statt auf seine Bedingung einzugehen, erklärt, diese Bedingung liege nicht im öffentlichen Interesse, er aber der Ansicht sei, daß sie allerdings im öffentlichen Interesse liegt, so könne er doch, wenn zwei Gemeinden da sind, die Beiträge haben wollen, und die eine will sich fügen, die andere widerspricht schroff, der ersten den Vorzug geben und die zweite warten lassen; das scheint ihm eine ganz erlaubte Praxis zu sein. Daß nun der Bezirksarzt zu gleicher Zeit nicht Spitalarzt sein könne, müsse er dem Herrn Uibel bestreiten, denn in Konstanz war es bereits so, daß der Bezirksarzt auch Spitalarzt gewesen ist. In Karlsruhe habe die Stadtbehörde gewünscht, daß der Bezirksarzt Spitalarzt werde, weil man überzeugt war, daß es im Vortheile der Stadt liege, wenn der Bezirksarzt zugleich Spitalarzt ist. Wenn der Herr Amtsrichter oder wer weiß was für Leute in Konstanz dies nicht für angängig finden, so berührt ihn das sehr wenig. Daß er den jetzigen Herrn Spitalarzt nicht im geringsten in seinem Bestehen stören wolle, brauche wohl keiner Versicherung. Wenn der Herr Abgeordnete Fieser nun sagt das sei auch wirklich nicht so gemeint; man habe sich nur daran gestoßen, daß in schroffer Form die Bedingung gemacht wird, welche an die Bewilligung des Beitrages geknüpft wird, so Klinge der Antrag doch so, daß mit ihm gar nichts mehr anzufangen ist; denn hier soll die Grob. Regierung aufgefordert werden, von einer solchen Bedingung in allen Fällen abzusehen, wo nicht eine zwingende Nothwendigkeit mangelnden tüchtigen privatärztlichen Personals vorliegt. Diese Bedingung wird niemals in Erfüllung gehen. Es werden immer Aerzte da sein, die sich für tüchtig halten, und die die Gemeindebehörde für tüchtig hält, und als Spitalärzte in Vorschlag gebracht werden, während der Bezirksarzt das Nachsehen hat.

Er wiederhole, daß sein ganzer Vorschlag nur von dem Bestreben geleitet sei, die Stellung des Bezirksarztes und die Interessen der Sanitätsverwaltung zu wahren, und daß er nicht das Interesse habe, den Bezirksärzten eine höhere Einnahme zu verschaffen, sondern, eine seiner amtlichen Stellung angemessene Praxis. Daß ein Bezirksarzt nicht existiren kann von dem, was er vom Staat bezieht, darüber kann kein Zweifel sein. Sein Anfangsgehalt beträgt 1200 M., dazu kommt der Wohnungszuschuß von 300 M.; daß davon ein Arzt in der heutigen Zeit nicht bestehen kann ist ganz zweifellos. Er müsse wiederholen, daß er es auf das allerlebhafteste beklage, wenn der von ihm versuchte Weg, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Einrichtung zu vermeiden, und einen Zustand herbeizuführen, der dem allgemeinen Interesse entspricht, durch die Beschlüsse des Hauses durchkreuzt wird. Er glaube, man könnte die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, im Wege eines Gesetzes zu bestimmen, daß alle öffentlichen Krankenhäuser unter der Leitung von staatlichen Sanitätsbeamten stehen.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Abg. Höring glaubt, daß es nicht schwer sein wird, eine Einigung zwischen den Gemeinden und der Regierung zu erzielen.

Abg. Hug schließt sich bezüglich der Konstanzer Verhältnisse den Ausführungen des Abg. Uibel an. Das jetzige Spital sei viel größer als das frühere. Wenn er bezüglich Konstanz diese Stellung einnehme, so möchte er andererseits bezüglich der sonstigen Krankenhäuser dem Herrn Minister Recht geben. Im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Stammes von Bezirksärzten wäre die Erfüllung der Bedingung seitens der Gemeinden wünschenswert.

Verloosung von Pfandbriefen und Kommunalobligationen

der

Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim.

3.652

Infolge der Verloosung vor Groß. Notar Friedrich Wörner hier ist bestimmt, daß von den $3\frac{1}{2}\%$ igen Pfandbriefen der Serien XXXIII bis einschließlich XXXIX, 41, 42, 46 bis einschließlich 62 und von den $3\frac{1}{2}\%$ igen Kommunalobligationen der Serien III und IV die Stücke mit den Endziffern 159, 359, 559, 759, 959

verloost sind. Es sind hiernach aus den obigen Serien ohne Unterschied der Litera alle diejenigen Pfandbriefe und Kommunalobligationen zur Heimzahlung gekündigt, deren Nummern in ihren letzten 3 Stellen mit den genannten Zahlen auslaufen, also No. 0,159, 1,159, 2,159 etc., 0,359, 1,359, 2,359 u. s. w. Die Kündigung erfolgt bei den gezogenen Pfandbriefen der Serien 46 bis mit 60 auf den 1. Juli 1900; bei den gezogenen Pfandbriefen der Serien XXXIII bis mit XXXIX, 41, 42 61 und 62, sowie bei den Kommunalobligationen der Serien III und IV auf den 1. Oktober 1900, mit diesem Tage endet die couponmäßige Verzinsung.

Wir sind bereit, die gezogenen Stücke in 4% ige unverloosbare und bis 1902 unkündbare Pfandbriefe, welche zum Börsenkurs berechnet werden, umzutauschen.

Die Rückzahlung erfolgt gegen Einlieferung der Pfandbriefe und Kommunalobligationen und der nicht fälligen Coupons nebst Talons. in Mannheim bei der Kasse unserer Bank, Rheinischen Creditbank, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Offenburg, Lahr, Freiburg, Konstanz, Kaiserslautern und Straßburg i. El. bei der Filiale der Rheinischen Creditbank, Frankfurt a. M. bei Herrn W. A. v. Rothschild & Söhne, bei der Deutschen Vereinsbank, bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie, Berlin bei Herrn S. Bleichröder, bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Bank für Handel und Industrie, sowie bei unseren Pfandbrief-Verkaufsstellen.

in Ludwigshafen a. Rh. und den bezüglichen Orten bei der Pfälzischen Bank und deren Filialen, Oldenburg bei der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, Basel bei der Basler Handelsbank, Sildesheim bei der Sildesheimer Bank, Braunschweig bei Herrn Ludwig Peters Nachfolger, Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie, München bei der Bayerischen Filiale der Deutschen Bank, Vereinsbank,

*) Anmerkung: Soweit nicht einzelne Stücke schon früher verloost sind.

Aus früheren Verloosungen sind noch rückständig:

5 % Pfandbriefe.	
Serie VIII	E Nr. 50 ¹ . XIV B. 399 ¹ .
4 1/2 % Pfandbriefe.	
Serie XXX	B Nr. 744 ² . C Nr. 791 ² .
4 % Pfandbriefe.	
Serie XVII	B Nr. 1633 ³ .
Serie XVIII	E " 234 ² .
Serie XXXV	C " 374 ² . D 278 ² . 372 ² . E 418 ² .
Serie XXXVII	E " 649 ² .
Serie 41 D	Nr. 559 ² . 662 ² . 994 ² .
" E	" 410 ² . 414 ² . 1016 ² . 1987 ² . 2348 ² .
" "	" 2502 ² . 2829 ² .
Serie 42 C	" 850 ² . 2934 ² .
" D	" 358 ² . 732 ² . 1649 ² . 1777 ² .
" E	" 426 ² . 700 ² . 1188 ² .
Serie 43 E	" 1204 ² . 2031 ² .
Serie 46 C	" 607 ² .
" E	" 685 ² . 956 ² . 1180 ² . 1844 ² . 2053 ² .
" "	" 2385 ² .
Serie 47 D	" 1627 ² .
Serie 49 E	" 520 ² . 521 ² . 522 ² .
Serie 62 E	" 12351 ² .
Serie 63 C	" 6921 ² .
" D	" 7523 ² . 7668 ² .
" E	" 9132 ² . 9387 ² . 9857 ² . 10010 ² .
" "	" 10034 ² .
Serie 64 A	" 1406 ² . 1407 ² .
" B	" 2343 ² . 2972 ² . 4111 ² .
" C	" 5825 ² . 6889 ² . 7045 ² .
" D	" 11066 ² . 11067 ² . 12048 ² .
" E	" 12317 ² . 12324 ² . 12431 ² . 12974 ² .
" "	" 13460 ² . 13767 ² . 13864 ² . 14091 ² .

Serie 65 A	Nr. 115 ¹¹ . 1097 ¹¹ .
" B	" 2785 ¹¹ .
" C	" 6300 ¹¹ . 6340 ¹¹ .
" D	" 11155 ¹¹ . 12081 ¹¹ .
" E	" 12595 ¹¹ . 14156 ¹¹ . 14290 ¹¹ . 14357 ¹¹ .
" "	" 14713 ¹¹ . 14821 ¹¹ . 14824 ¹¹ .
3 1/2 % Pfandbriefe.	
Serie XVII	E Nr. 49 ² .
Serie XXXV	A " 259 ¹⁵ .
" C	" 59 ¹⁵ . 259 ¹⁵ .
" D	" 59 ¹⁵ . 459 ¹⁵ .
Serie XXXVI	B " 59 ¹⁵ .
" C	" 259 ¹⁵ .
" E	" 259 ¹⁵ .
Serie XXXVIII A	" 59 ¹⁵ .
" C	" 1259 ¹⁵ .
" D	" 659 ¹⁵ . 1059 ¹⁵ .
" E	" 859 ¹⁵ .
Serie 46	A " 59 ¹⁴ .
" B	" 59 ¹⁴ .
" C	" 259 ¹⁴ .
" D	" 1859 ¹⁴ . 3059 ¹⁴ .
" E	" 1059 ¹⁴ .
Serie 47	D " 459 ¹⁴ .
Serie 48	B " 1259 ¹⁴ . 454 ¹⁰ . 659 ¹⁴ .
" C	" 63 ¹⁴ . 454 ¹⁰ . 659 ¹⁴ .
" D	" 263 ¹⁴ . 789 ¹⁴ .
" E	" 459 ¹⁴ .
Serie 49	B " 1259 ¹⁴ . 1459 ¹⁴ .
" C	" 259 ¹⁴ . 1189 ¹⁴ .
" D	" 59 ¹⁴ . 1259 ¹⁴ .
" E	" 63 ¹⁴ . 259 ¹⁴ .
Serie 50	A " 859 ¹⁴ .
" B	" 59 ¹⁴ .
" C	" 459 ¹⁴ . 859 ¹⁴ .

Serie 51	D Nr. 63 ¹² . 659 ¹⁴ . 663 ¹² .
" E	" 59 ¹⁴ . 859 ¹⁴ .
Serie 52	A " 363 ¹² .
" B	" 259 ¹⁴ . 1059 ¹⁴ .
" C	" 259 ¹⁴ . 863 ¹² . 1059 ¹⁴ .
" D	" 259 ¹⁴ . 763 ¹² . 1263 ¹² . 1459 ¹⁴ .
" "	" 2363 ¹² .
" E	" 363 ¹² .
Serie 53	A " 259 ¹⁴ .
" C	" 259 ¹⁴ .
" D	" 659 ¹⁴ .
Serie 54	A " 59 ¹⁴ . 459 ¹⁴ .
" B	" 59 ¹⁴ . 859 ¹⁴ . 963 ¹² .
" C	" 1059 ¹⁴ .
" D	" 563 ¹² .
Serie 55	B " 659 ¹⁴ .
" D	" 259 ¹⁴ . 459 ¹⁴ .
Serie 57	B " 59 ¹⁴ .
" C	" 459 ¹⁴ .
" D	" 59 ¹⁴ .
" E	" 859 ¹⁴ .
Serie 58	A " 1059 ¹⁴ .
Serie 59	E " 859 ¹⁴ .
Serie 60	A " 59 ¹⁴ .
" B	" 4859 ¹⁴ .
" E	" 11659 ¹⁴ . 12459 ¹⁴ . 12659 ¹⁴ .
" "	" 13659 ¹⁴ . 14859 ¹⁴ .
Serie 61	E " 11289 ¹⁴ .
Serie 62	A " 1059 ¹⁵ . 1563 ¹⁵ .
" B	" 3459 ¹⁵ . 4259 ¹⁵ .
" C	" 7954 ¹⁵ . 8459 ¹⁵ .
" E	" 14459 ¹⁵ .
3 1/2 % Kommunal-Obligationen.	
Serie III D	Nr. 59 ¹⁵ . 459 ¹⁵ .
" E	" 259 ¹⁵ .
Serie IV E	" 1254 ¹⁵ .

1. Zinsende 13. Februar	1880	9. Zinsende 1. Oktober	1896
2. " 11. " "	1887	10. " 1. Juli	1897
3. " 1. Oktober	1888	11. " 1. Oktober	1897
4. " 1. " "	1889	12. " 1. Juli	1898
5. " 1. " "	1892	13. " 1. Oktober	1898
6. " 1. Juli	1893	14. " 1. Juli	1899
7. " 7. Mai	1895	15. " 1. Oktober	1899
8. " 1. Juli	1896		

Mit Sperre belegt sind:

a. Pfandbriefe mit Coupons.

Serie 41 A	Nr. 1979. 538.
" 61 B	" 3947.
" 64 E	" 14091.
" 65 E	" 14357.
" 65 C	" 6340.
" 76 E	" 12314.

b. Pfandbriefe ohne Coupons.

Serie 46 B	Nr. 615.
" 60 B	" 2642.
" 67 B	" 4320.
" 67 C	" 8119.
" 69 B	" 2608. 4895.
" 70 B	" 5255.
" 71 B	" 5023.
" 72 B	" 4128.
" 73 C	" 7232.
" 74 B	" 3346. 5324.

Serie 75 B	Nr. 4049. 4818.
" 76 B	" 5188.
" 76 D	" 10900.
" 77 B	" 5311.
" 78 D	" 31744. 32444.
" 78 E	" 39323.
" 80 B	" 2936. 3457.
" 80 E	" 7726. 13856.
" 81 E	" 6160.
" 84 A	" 116.
" 84 B	" 3006.
" 84 C	" 5606.

Kraftlos erklärt sind die Pfandbriefe:

Serie XXXI	A Nr. 222.
" XXXII	C " 883.
" XXXVI	C " 255.
" XXXIX	C " 89.
" XXXIX	D " 211.
" 40	A " 774. 775.
" 40	B " 240.
" 40	C " 57. 502.

Serie 40	D Nr. 651.
" 40	E " 1260.
" 41	E " 2191.
" 42	C " 5. 6.
" 42	D " 257.
" 44	C " 574.
" 45	A " 682.
" 45	B " 1970.
" 45	C " 1002.
" 46	E " 363.
" 48	D " 1494.
" 48	E " 554.
" 49	C " 1064.
" 51	D " 816.
" 56	A " 1475.
" 58	B " 897.
" 58	C " 741. 742.
" 59	C " 1163.
" 60	A " 1155.
" 61	D " 9018.
" 63	D " 8044.
" 66	C " 6280.
" 70	D " 8765.
" 70	E " 10726.

Mannheim, 22. März 1900.

Die Direktion.